



Inklusion jetzt!

Übergänge und Schnittstellenmanagement Anforderungen an das Jugendamt

Stefanie Ulrich - Constitutional Coaching ®

Jur. Schulung, Organisations- und Teamentwicklung, Einzelcoachings

Große Lösung



Zusammenführung der EGH

Reformstufen Hilfen aus einer Hand



Weitere Reform SGB VIII
und SGB IX

ab **2028**:
Zusammenführung EGH

2024-2028: JA als
Verfahrenslotse

2021: Leitgedanken +
Schnittstellenoptimierung

Wie setzt Staat Ziele um?



Wie kann der Gesetzgeber Kooperation einfordern?

...

Wie kann der Gesetzgeber Kooperation einfordern?



Gesetzliche Zielbestimmung und Leitgedanken

- Hilfen aus
einer Hand

Objektiv-rechtliche Kooperationspflicht

§ 10a SGB VIII
§ 36 SGB VIII

Kostenfolgen

§§ 15 ff SGB IX

Grundlage:
Art 20 III GG

Schnittstellen intern



- ASD – WJH - 35a
- EGH SGB IX (bis zu 3 verschiedene Einheiten)
- Eingangsmanagement
- Qualität/ Controlling
- Lotsen
- JHP/ SozP
- JHA
- Verwaltungsleitung/ Politik

Schnittstellen extern

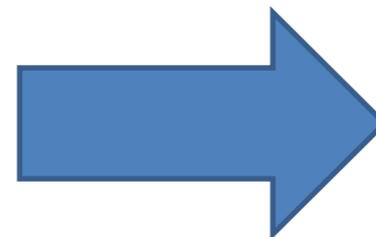


- Schulen/Kitas
- Ärzte/ Therapeuten
- Reha-Träger (BA, GKV)
- PKV
- EUTB
- Freie Träger

Abgrenzung der Planverfahren

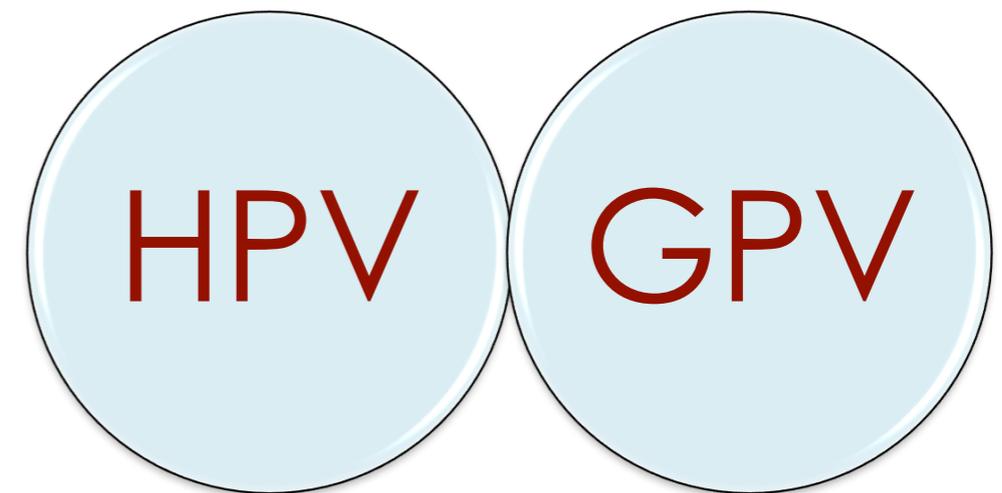


**Personenzentrierte
Bedarfs-
Feststellung nach
bio-psycho-sozialem
Modell**



EGH SGB VIII

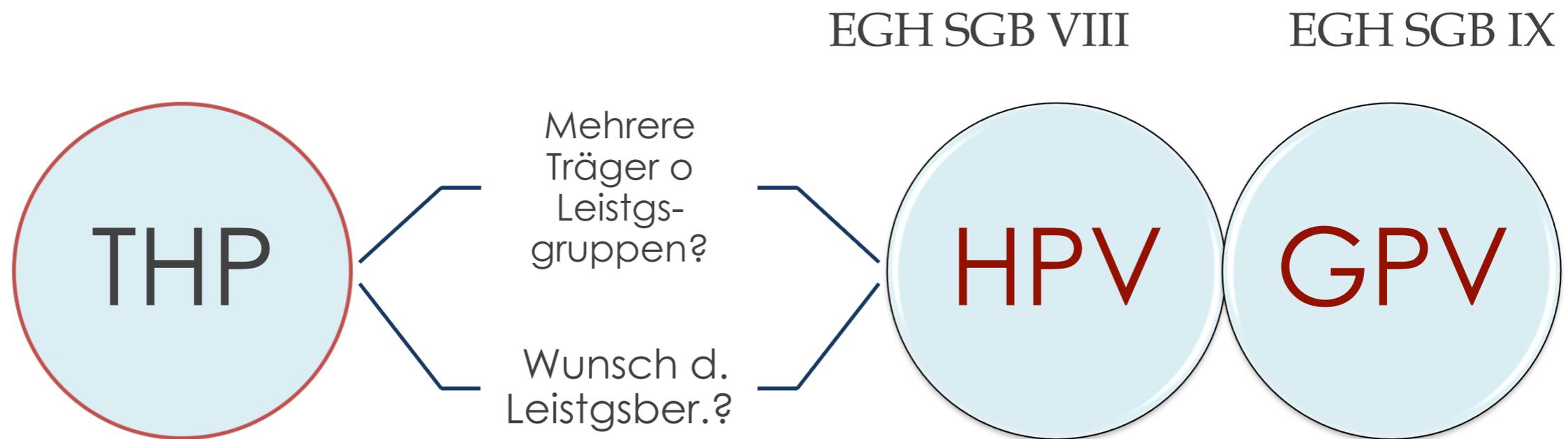
EGH SGB IX



Abgrenzung in den Planverfahren



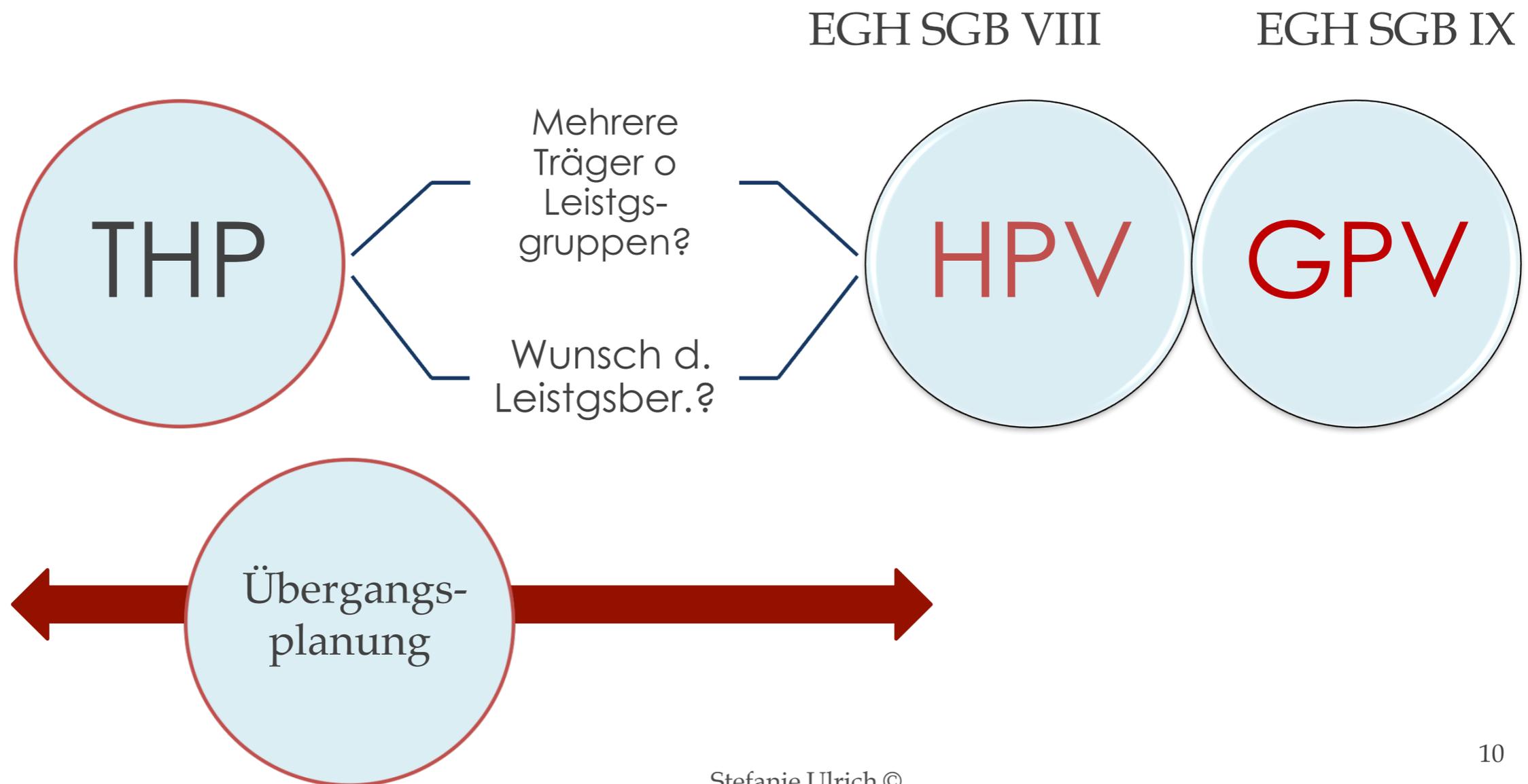
Bedarfsfeststellung



Koordinierung

Sicherstellung abgestimmter Leistung

Übergangsplanung, § 36 b SGB VIII nF



Modell 1



JugA

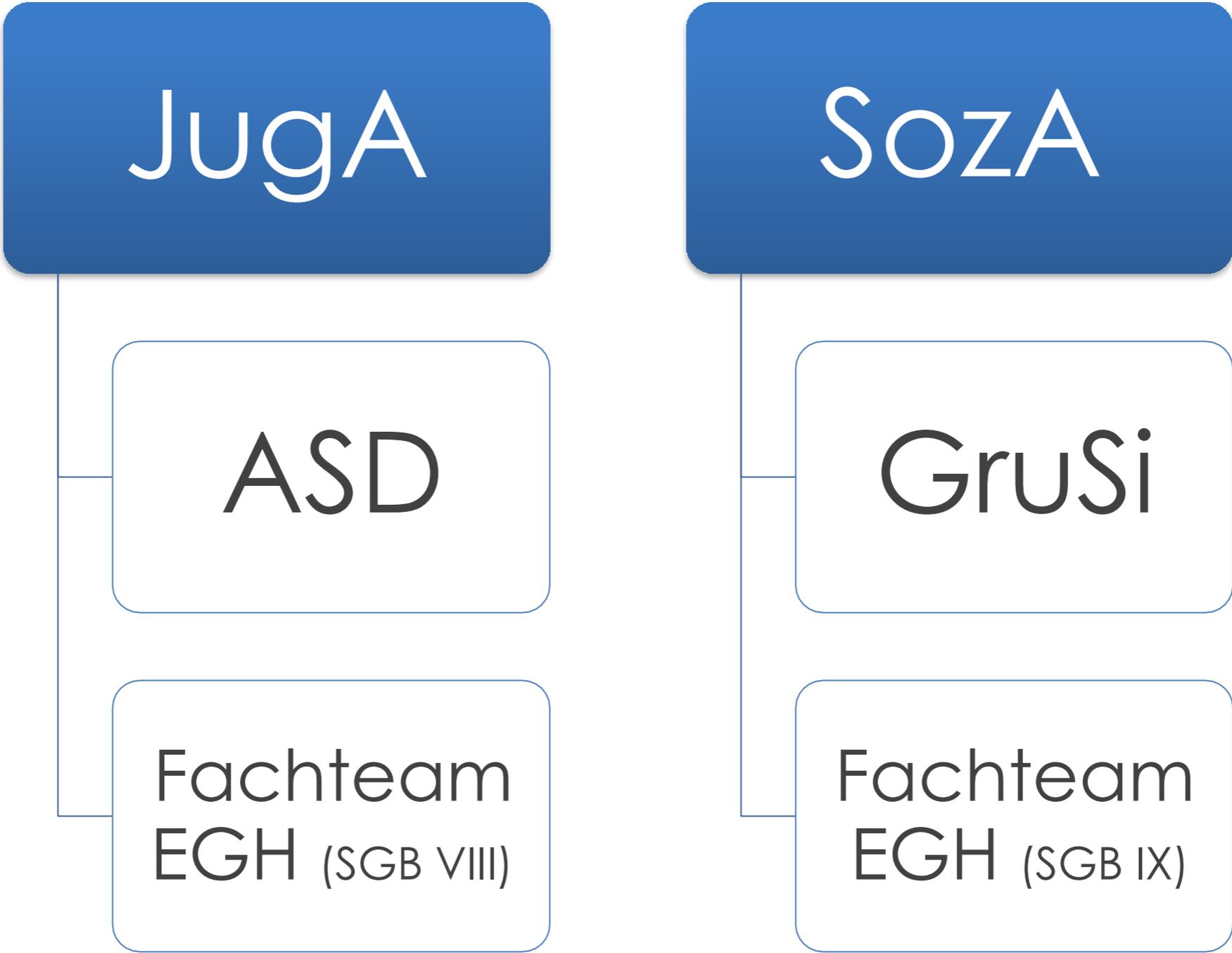
ASD inkl. EGH
(SGB VIII)
ohne Spezialisierung,
aber **Schwerpunkt-
Mitarbeiter*innen**

SoZA

GrUSi
(SGB XII)

Fachteam
EGH (SGB IX)

Modell 2



Modell 3



JugA

ASD

Fachteam
EGH (SGB VIII)

ÜÖ

EGH
SGB IX

Modell 4



JugA

ASD

SoZA

Fachteam
EGH
(SGB VIII + IX)

GrUSi

Model 6



JugA

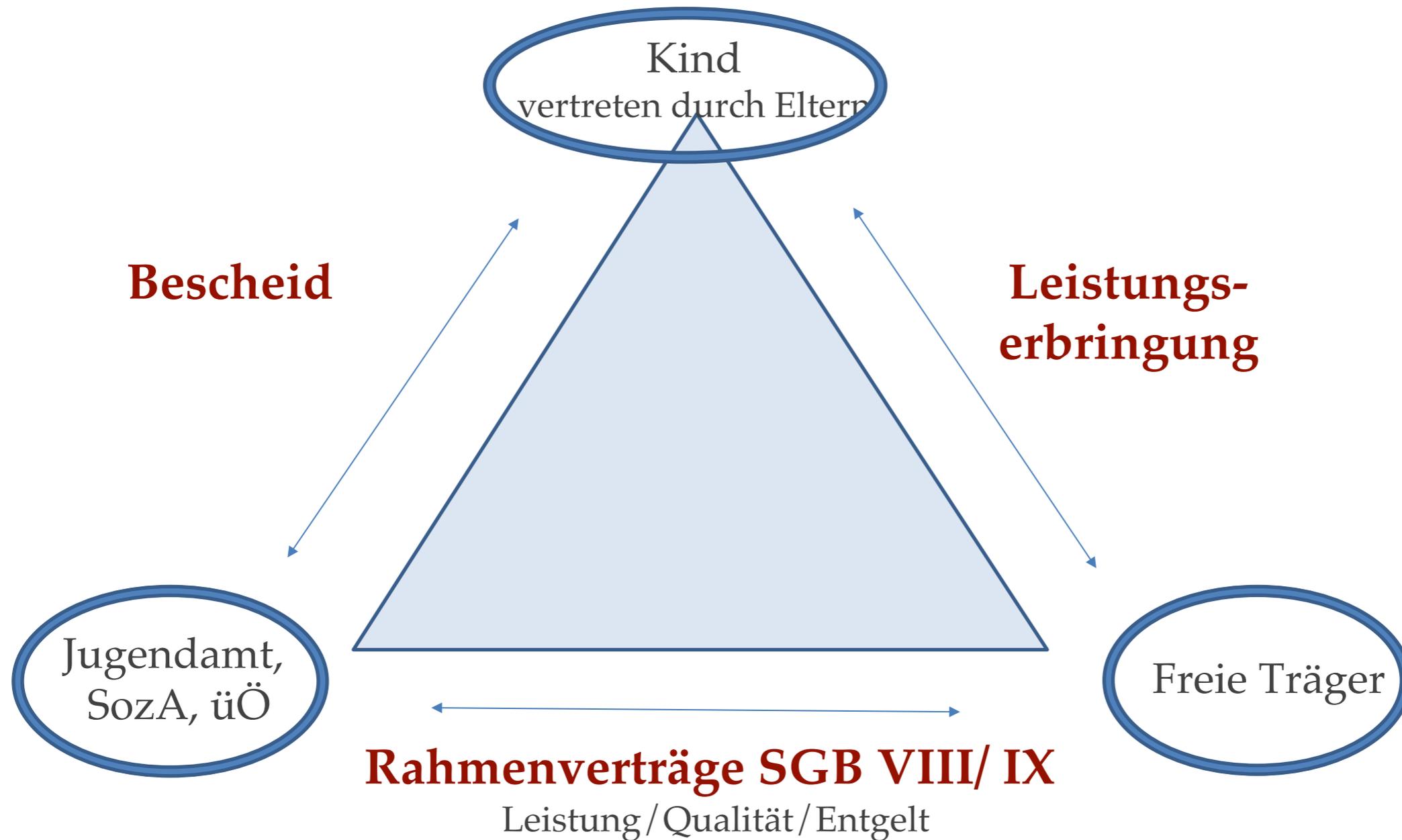
ASD

SozA

GrUSi

EGH-Amt
(SGB VIII + IX)

Rolle der freien Träger im sozialre. Leistungsdreieck



Hilfeplan 36 SGB VIII Neuerungen



Abs. 1 S. 2:

Beratung und Aufklärung in verständlicher, nachvollziehbarer und wahrnehmb. Form

Abs. 2 S. 3:

Würdigung der Geschwisterbeziehung

Abs. 3:

Umfassende Beteiligungspflichten: an der Leistungserbringung Beteiligte, Sozialleistungs- und Rehaträger, Schule und andere öffentliche Stellen

Abs. 4 (früher Abs. 3)

Beteiligung des Gutachters im Regelfall („soll“)

Abs. 5:

Beteiligung nicht-sorgeberechtigter Eltern (zweischrittig: ob und wie)

Beteiligung Leistungserbringer (Abs. 3 S. 1)



- Wie vor:
Werden bei der Durchführung der Hilfe andere Personen, Dienste oder Einrichtungen tätig, so sind sie oder deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Aufstellung des Hilfeplans und seiner Überprüfung zu beteiligen.
- *Unterschiedliche Verwaltungspraxis: von geringer Beteiligung bis hin zum inhaltlichen Arbeiten des HP*

Beteiligung Dritter (Abs. 3 S. 2)

- Bisher:
Pflicht zur Beteiligung beschränkt auf die bei Leistungserbringung tätigen Personen und für die berufliche Eingliederung zuständigen Stellen (Abs. 2 S. 3 und 4 a.F.)

- Nach neuer Fassung (KJSG):
Deutliche Erweiterung der Beteiligungspflichten auf verschiedene Dritte: *„öffentliche Stellen, insbes. Sozialleistungsträger, Reha-Träger und Schule“*

- *Jobcenter, Sozialamt, medizin. Berufe/ Therapeuten*

Beteiligung Dritter (Abs. 3 S. 2)



- Konsequenzen: Das JA muss vorab die Bedarfslage prüfen, um zu klären, welche Institutionen zu beteiligen sind
- Gesetzgeberische Intention: Der Leistungsverantwortung unterschiedlicher Träger und Leistungssysteme soll Rechnung getragen werden und eine gute Abstimmung der Leistungen bei komplexen Bedarfen erfolgen

Beteiligung Dritter – Reha-Träger



- Beteiligung anderer Reha-Träger bei:
 - Reha-Bedarf seitens des jungen Menschen
 - der Eltern
 - eines oder mehrerer Geschwister
- Einbeziehung von Vertreter*innen der anderen Reha-Trägern in die Hilfeplanung
- Einbeziehung der von anderen Reha-Trägern getroffenen Feststellungen für Bedarfsfeststellung (Art der Hilfe u. notwendige Leistungen, vgl. SGB IX Teil 1 Kapitel 3 und 4)

Beteiligung Dritter – Schule



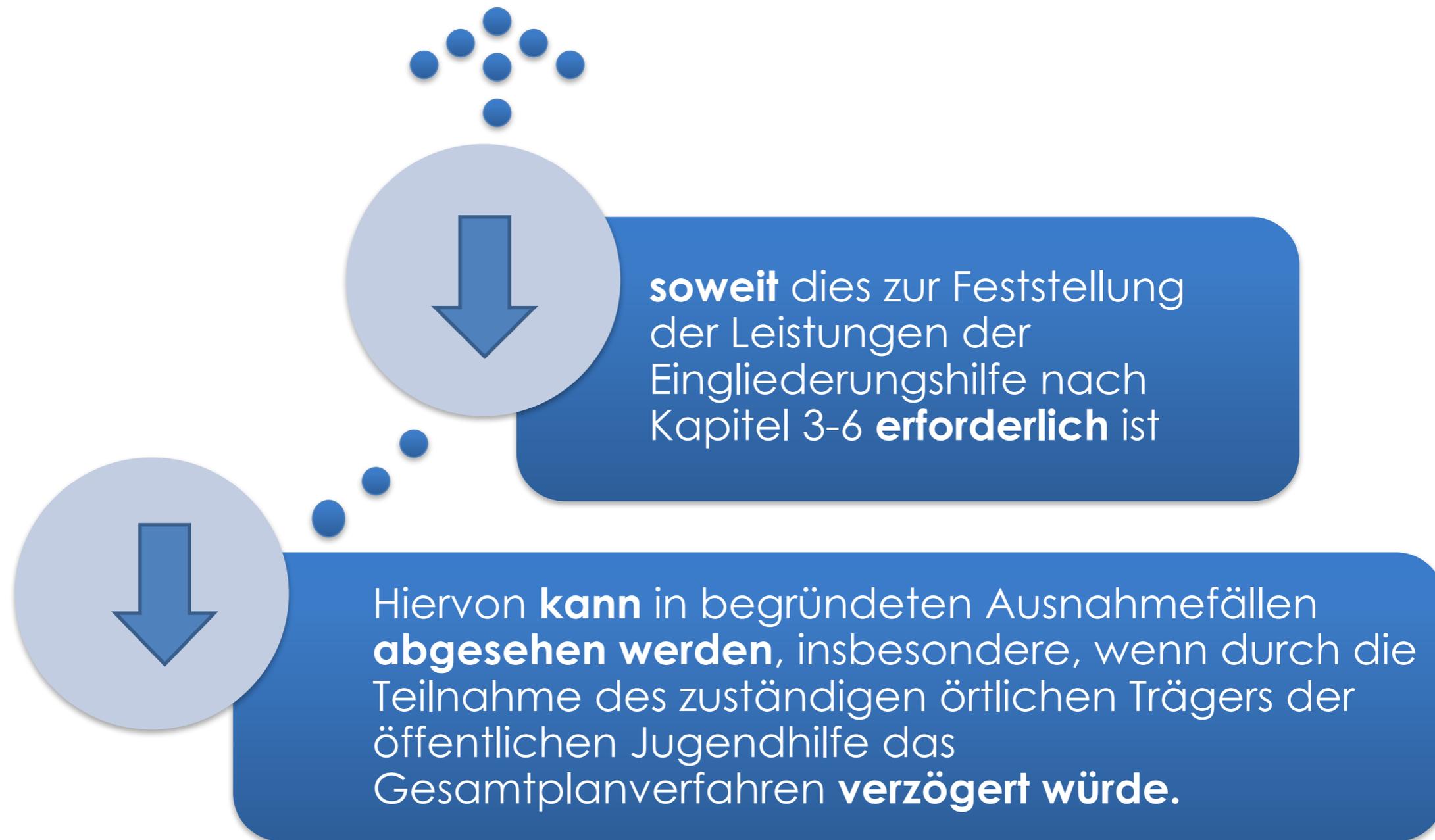
- Einbeziehung von Akteur*innen aus der Schule wie zB Lehrer*innen, Schulleitung, Schulsozialarbeiter, Schulpsycholog*innen:
- **Regelhaft bei Schulbegleitungsleistungen**
- Im Übrigen, wenn „die Wirksamkeit einer Hilfe zur Erziehung oder Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII aufeinander abgestimmte Unterstützungsmaßnahmen erfordert, die dem (psycho-)sozialen und dem schulischen Förder- bzw. Hilfebedarf Rechnung tragen“ (BT- Drucks. 19/26107, 85)

Gesamtplan, § 117 Abs. 1 SGB IX

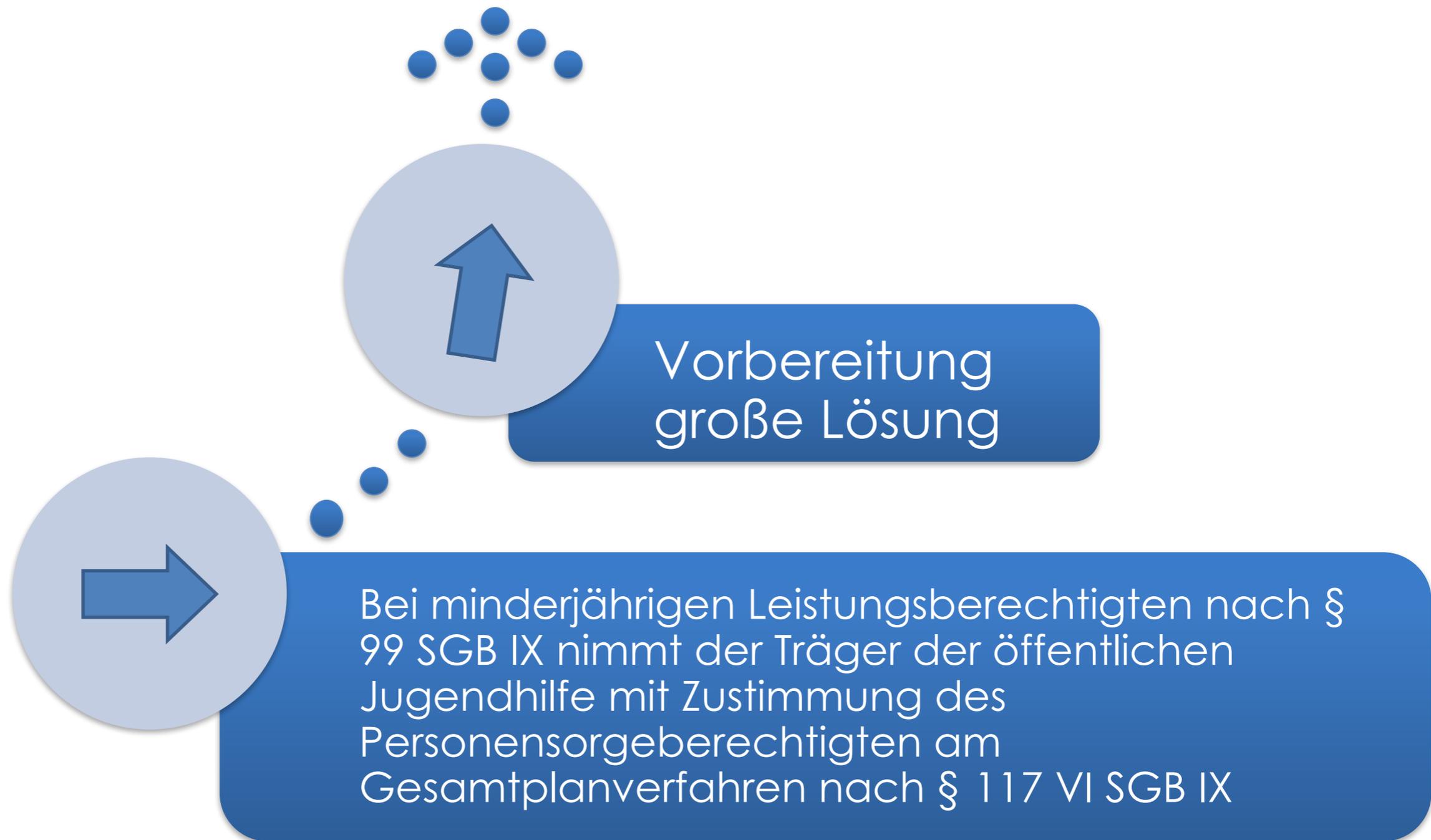


- Das Gesamtplanverfahren ist nach folgenden Maßstäben durchzuführen:
 - 1. Beteiligung des Leistungsberechtigten in allen Verfahrensschritten, beginnend mit Beratung,
 - 5. Durchführung einer Gesamtplankonferenz,
 - 6. Abstimmung der Leistungen nach Inhalt, Umfang und Dauer in einer Gesamtplankonferenz **unter Beteiligung betroffener Leistungsträger.**
- Abs. 3 S. 1, 2: Bei Anhaltspunkten für eine Pflegebedürftigkeit wird die **zuständige Pflegekasse** informiert werden und muss am Gesamtplanverfahren beratend teilnehmen.
- Gleiches bei **Hilfe zur Pflege bzw. SGB XII** - Leistungen

Beteiligung JA, § 117 VI SGB IX

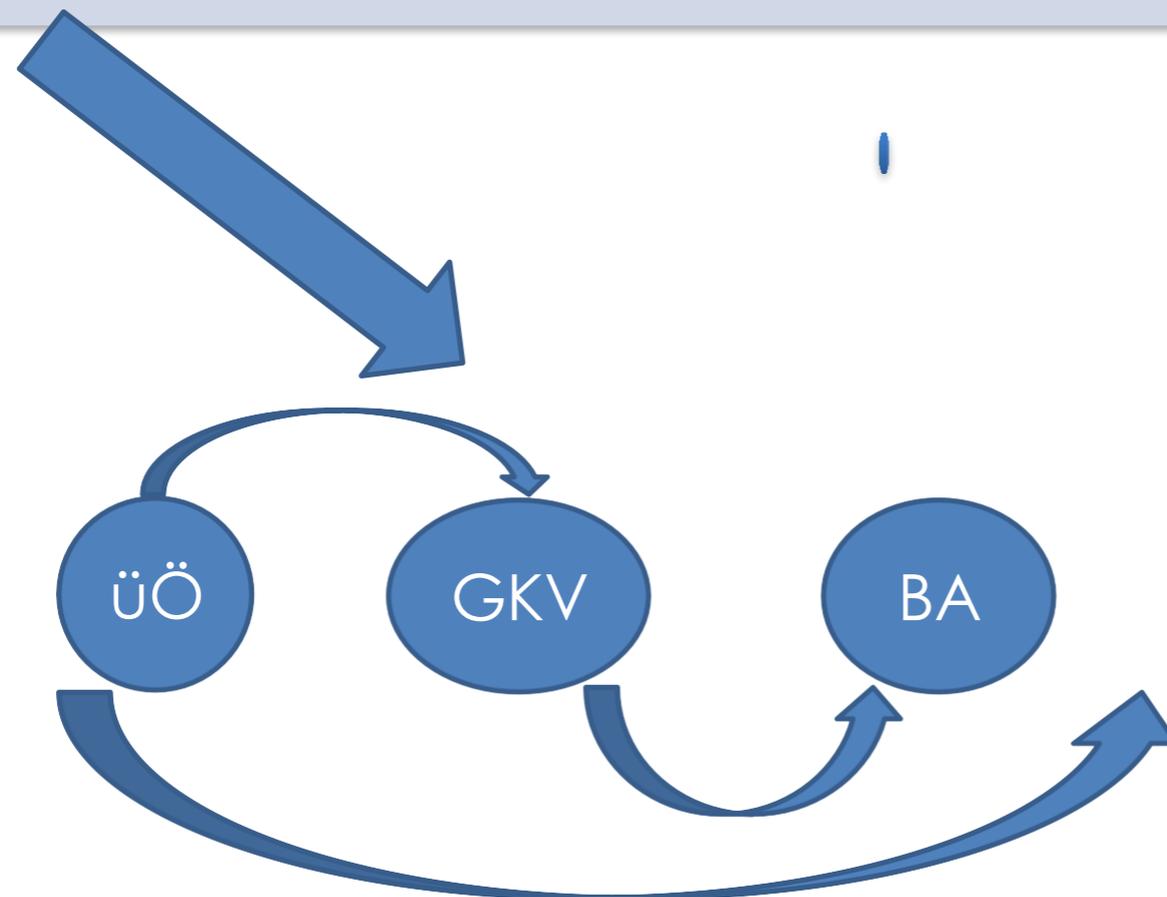


Beteiligung GP, § 10a SGB VIII



Leistender Träger und THP

Außenverhältnis



Innenverhältnis:
Bedarfsfeststellung,
Abstimmung,
Kostenerstattung

Teilhabeplan, § 19 I SGB IX



verschiedene Leistungsgruppen o. mehrere Reha-Träger

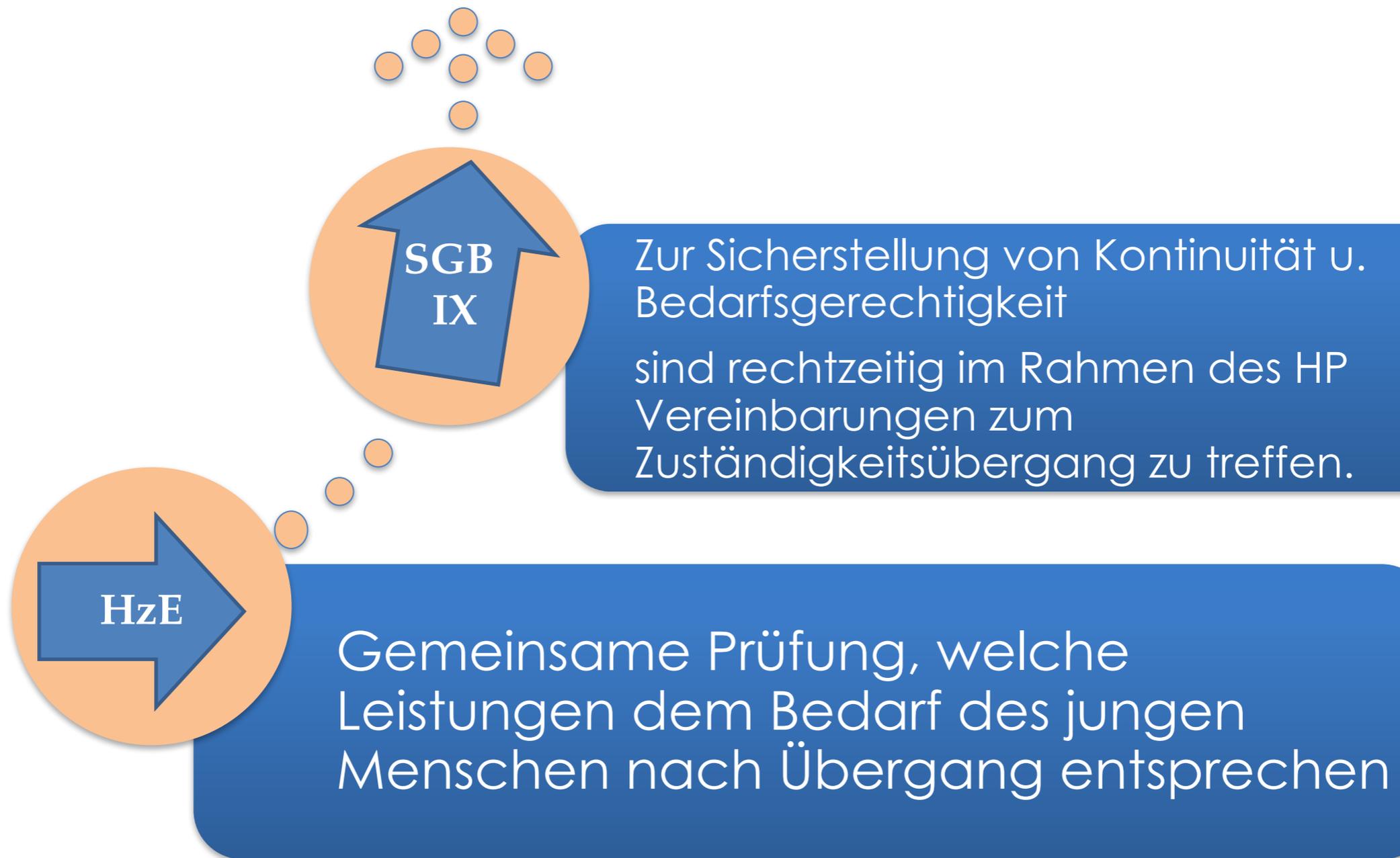
- ist der leistende Rehabilitationsträger dafür verantwortlich:
- alle beteiligten Rehabilitationsträger im Benehmen miteinander und in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten die erforderlichen Leistungen feststellen und so zusammenstellen, dass sie nahtlos ineinandergreifen.
- soweit Leistungen nach SGB II im Raum stehen, beteiligt der leistende Rehabilitationsträger das zuständige Jobcenter

Verhältnis THP - HP

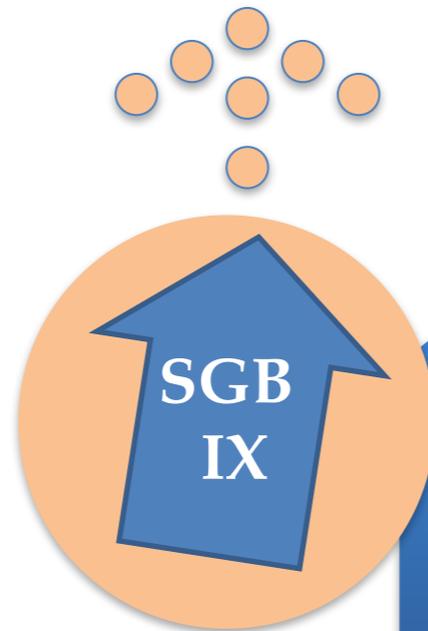


- Strittig
- hM: THP ergänzt HP
(Achtung Datensparsamkeit)
- Klarstellung in § 36 Abs. 3 S. 3 SGB VIII: Hinweis auf § 15 SGB IX bei Gewährung von Teilhabeleistungen – deklaratorisch, keine Änderung der Rechtslage

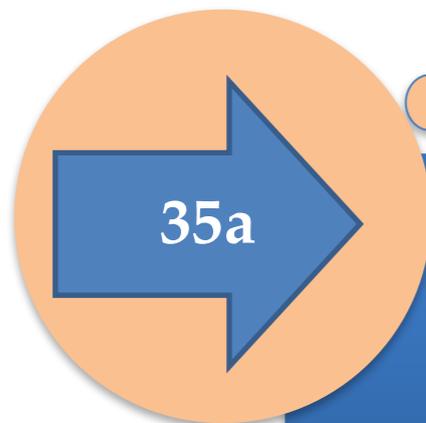
Übergangsplanung, § 36b I SGB VIII



Übergangsplanung, § 36b II SGB VIII

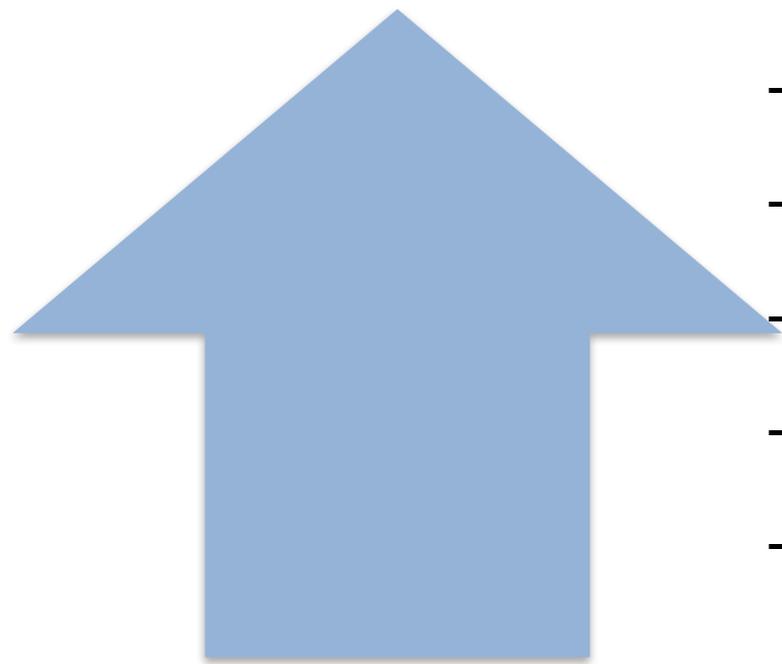


Die Teilhabeplanung ist frühzeitig, in der Regel ein Jahr vor dem voraussichtlichen Zuständigkeitswechsel, vom Träger der JH einzuleiten.

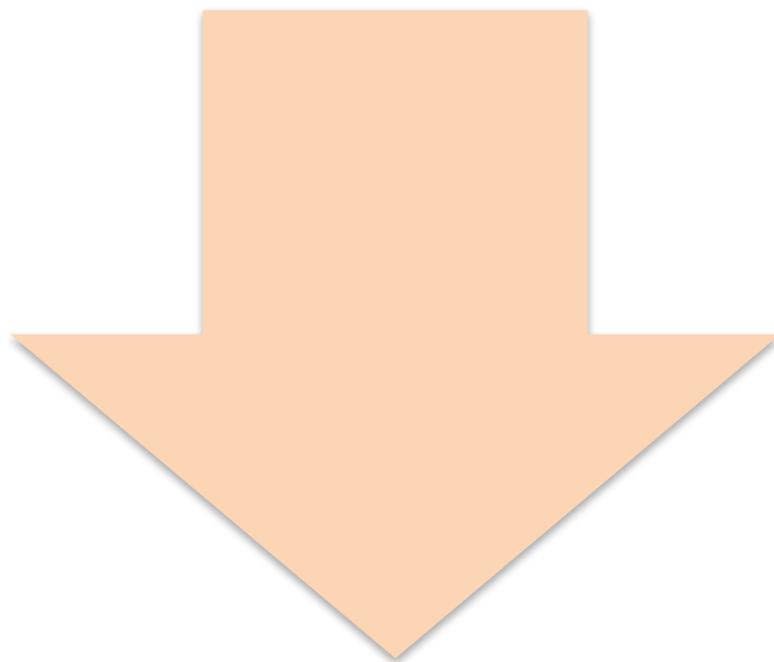


Beim Zuständigkeitsübergang vom Träger der öff. JH auf einen Träger der EGH werden rechtzeitig iRe THPs die Voraussetzungen für die Sicherstellung einer nahtlosen und bedarfsgerechten Leistungsgewährung nach dem Zuständigkeitsübergang geklärt.

Kooperation ...



- erfordert Klarheit über die eigene Rolle.
- erfordert Klarheit über Rolle anderer.
- erfordert Haltungs- u. Bildabgleich.
- erfordert Offenheit u. Flexibilität
- erfordert Verbindlichkeit.



- kostet Ressourcen.
- impliziert Missverständnisse.
- Leidet unter mangelnder Klarheit in der Ausrichtung.

Bild-Abgleich



Welche Schnittstelle läuft gut? Warum?

Welche laufen nicht gut? Woran machen Sie das fest? Warum läuft es nicht gut?

An welcher Schnittstelle lohnt es sich, weshalb anzusetzen, um welche Verbesserung zu bewirken?

Viel Erfolg weiterhin!



Stefanie Ulrich
Inhouse und digitale Schulungen
Praxisbezogene Umsetzungsberatung
Teamentwicklung

NEU:
Reha-Kompass

Infos und Anmeldung unter:
www.stefanie-ulrich-beratung.de
Tel. 0176-23151182

